



BETRIEBSZEITUNG

# Der Transformator

Preis 5 Pf.

 der  
 Belegschaft des  
 Transformatorenwerkes

„KARL LIEBKNECHT“



NOVEMBER 1954. NR. 44

HERAUSGEBER: SED-BETRIEBSPARTEIORGANISATION

6. JAHRGANG

## Die das Licht scheuen

Immer mehr parteilose Kollegen und Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aus unserem Betrieb gehen täglich nach Westberlin, um durch ihre Arbeit als Wahlhelfer zum Sieg der Liste 5, der SED, beizutragen.

So hat der Kollege Messmacher im Vertrauen auf die „Demokratie in Freiheit“ in Westberlin eine kleine Reise nach drüben gemacht. Für DM 0,20 war er also bald in Neu-Amerika. Das schien ihm so, denn bunt und fröhlich war das äußere Bild, das er dort sah. Eine Unmenge leuchtender Plakate und Lichtflimmer fand er vor den Geschäften. Aber alles nur Reklame des um seine Existenz ringenden Mittelstandes.

Die Schaufenster waren voll, aber nur wenige Käufer waren in den Läden. Der erste Eindruck war also, wer Geld hat, der hat die Freiheit zum Kaufen, wer keines hat, der hat die Freiheit es bleiben zu lassen. Diese Freiheit wurde ihm noch verständlicher, als er vor einem Hause viele gesunde Menschen antraf, die frei von Arbeit und frei vom Geld waren. Dieses Gebäude, vor dem sich so viele Menschen angesammelt hatten, nannte sich prätentiv Arbeitsamt. Arbeit hatten hier aber nur ein paar Angestellte, die Masse aber wollte Arbeit haben, und es gab keine. Die Menschen, die hier so frei waren und Arbeit suchten, waren deutsche Menschen. Amerikanisch ist nur das äußere Bild West-

berlins und die Aufmachung einiger protzhafter Geldleute und der Schieber.

Erstaunt über die vielen eigenartigen Freiheiten, so z. B. für die einen, durch Korruption und Betrug reich und angenehm zu leben und für die anderen, ohne Arbeit zu sein und zu hungern, gab Kollege Messmacher darüber seine Meinung zum besten. Aber das war zuviel der Freiheit.

Kurz und bündig mußte er einem bewaffneten Wächter der „Freiheit“ ins Hotel mit den vergitterten Fenstern folgen. Hier hatte er Zeit, einige Stunden über die Mißachtung der „Freiheit“ nachzudenken.

Nachdem selbst die Stumpfpolizei zur Feststellung gezwungen war, ihre unfreiheitliche Handlung gegenüber dem Kollegen Messmacher zuzugeben, wurde er unter Entschuldigungsgestammel wieder frei gelassen, mit der Bemerkung, daß seine Arbeit als Wahlhelfer der SED legal sei und man ihn darin nicht behindern kann.

Wieder in „Freiheit“ traf er ein paar Jünglinge und Herren, die die „Freiheit“ hatten, in SA-ähnlichen Kostümen und Gebärden durch die Straßen zu laufen. Der Saalschutz der Deutschen Partei (faschistische Partei) ging zu einer Versammlung, auf der der Spitzenkandidat der DP für die westberliner Wahlen, der ehemalige Gauleiter der NSDAP, Hoffmann, in „Freiheit“ sprach.

### Sie lesen heute:

Wir waren in Nürnberg

Westberliner Frauen sahen unseren Betrieb

Berlin nicht nur Frontstadt — sondern auch Atombombenziel!

Ein Augenzeuge berichtet

Janz wat Neuet, von Atze

Angeblitzt

Bei soviel „Freiheit“ nach zweierlei Maß wurde der Kollege Messmacher im ersten Augenblick ganz stumm.

Aber dann besann er sich, weil er fest überzeugt war, daß Stumm nicht machen kann, was er will. Die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter und alle Werk tätigen werden es nicht zulassen, daß Herr Dr. Stumm, Mitglied der SPD, Arbeitern sogar die Freiheit ihrer Meinung nimmt und die neuen Nazis die „Freiheit“ der Provokation und Kriegshetze gestattet. Und so war es auch. Herr Stumm und seine Auftraggeber mußten ihre Wahlbehinderung gegen die SED einschränken, weil die Wahlhelfer nicht weniger, sondern mehr wurden, weil die westberliner Werk tätigen die Wahrheit von uns erfahren wollen. Wenn sie es aber wieder wagen sollten, die SED-Wahlhelfer in der Ausübung ihrer Aufgabe zu behindern, dann wird das niemanden schrecken, sondern nur noch mehr werden mutiger an die Arbeit für

den Frieden, für ein einiges und demokratisches Berlin gehen. Die Erfahrung zeigt, es gibt keine Kraft, die die Wahrheit unterdrücken kann, selbst nicht faschistische Methoden, wie sie in Westberlin an der Tagesordnung sind.

Der Wahlkampf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist legal, das mußten immer wieder die westberliner Behörden bestätigen.

Berlin darf nicht der Nullpunkt für Atombomben werden, Berlin muß die Stadt des Friedens, die Hauptstadt Deutschlands sein.

HOMO

## Ein Augenzeuge berichtet

Am 18. November 1954 hatte ich das große Glück, den sowjetischen Pjanitzki-Chor im Rundbau des Zoo zu hören. Nach meiner Schätzung waren etwa 2000 westberliner Besucher anwesend. Im Parkett hatten viele namhafte westberliner und westdeutsche Künstler sowie jugoslawische, italienische, französische, englische

und amerikanische diplomatische Vertreter Platz genommen. Schon als der Chor in fabelhaften Volkstrachten auf die Bühne kam, gab es langanhaltenden Beifall, der sich nach jedem Lied und jedem Tanz orkanartig steigerte. Selbst die bezahlten 8-Groschen-Jungen, die den Auftrag, die Veranstaltung zu stören, hatten, waren von den Leistungen der sowjetischen Künstler und dem Beifall der Zuschauer so beeindruckt, daß sie ihre Störversuche vergaßen.

Das schönste Erlebnis für mich war jedoch, daß nach der Pause erst einige, dann mehrere Stumpfpolizisten und sogar Offiziere von dem draußen stehenden Überfallwagen in den Saal geschlichen kamen, um die einzigartige Leistung zu bewundern. Die Begeisterung ging am Ende der Veranstaltung so weit, daß die Stumpfpolizisten mit aufsprangen, in den Beifall und die Freundschaftsrufe mit einfielen. Dieses Erlebnis zeigte mir, welche Kraft in der wahren Volkskunst liegt, sie zerschlägt jede Hetze und Verleumdungen.

Nach Schluß der Veranstaltung versuchte ein einziger berufsmäßiger Störenfried zu pfeifen, sein klägliches Gejammer ging im energischen Protest der 2000 Westberliner unter. Bezeichnend für Westberlin ist ein weiteres Erlebnis. Eine Frau sagte vor dem Rundbau zu ihrem Mann: „Weißt Du, so etwas Schönes habe ich noch nie gesehen und gehört.“ Er: „Sei ruhig, das kannst Du mir zu Hause sagen.“ Sie: „Erlaube mal, wenn ich begeistert bin, kann ich doch das ganz offen zum Ausdruck bringen.“ Er: „Meinst Du, ich will meine Arbeit verlieren, erzähl mir das lieber zu Hause.“

Ich möchte dem nichts mehr hinzufügen, denn die letzten Worte spiegeln die „Freiheit“ der westlichen Welt wieder. Das Auftreten des sowjetischen Chors und der Riesenbeifall waren meiner Meinung nach der Ausdruck der ehrlichen friedliebenden, westberliner Menschen zur Sowjetunion. Das beweisen die Rufe: Freundschaft, Freundschaft!

S. W.

## Wir waren in Nürnberg

Um die Zusammenarbeit mit den Kollegen unseres Patenbetriebes in Westdeutschland zu vertiefen, beschloß die BGL, zwei Kollegen nach Nürnberg zu schicken. Die Wahl fiel auf die Kollegen Berndt und Bahra. Nachdem alle Formalitäten erledigt waren — das Ausstellen der Reisebescheinigung dauerte 3 Minuten — fuhren wir mit dem Interzonenzug ab. Leider mußten wir nachts fahren und konnten daher von der schönen Fahrt durch Thüringen und Bayern nichts sehen. Interessant ist der Übergang an der Zonengrenze. Für eineinhalb Stunden kann man den Ausweis in der Hand behalten, es wird immer wieder nach ihm gefragt. Hier gibt es schon genügend Anknüpfungspunkte zur Diskussion. Wir konnten feststellen, daß sich alle Reisenden einig waren, wenn es um die Beseitigung der Schlagbäume ging.

In Nürnberg fanden wir die uns bekannten westberliner Verhältnisse, nur noch stärker und krasser. Die Schaufenster bis oben hin gefüllt, die Arbeiter arbeitslos, kurzarbeitend oder aber mit Überstunden arbeitend. Hier zeigt sich so richtig die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und die Brutalität der Unternehmer. Die Kollegen unseres Patenbetriebes berichteten uns, daß in den mechanischen Werkstätten und Montageabteilungen eine Zeitlang pro Woche 58 Stunden gearbeitet werden, dann für 14 Tage lang 48 Stunden, darauf plötzlich 35 bis 38 Stunden wöchentlich und dann kurzfristig Entlassungen „Wegen Arbeitsmangel“.

Nach wiederum einer Woche werden wieder 48 Stunden gearbeitet und in der nächsten Woche wegen hoher Auftragserteilung Überstunden geschoben. Daß bei den Entlassungen solche Kollegen betroffen werden, die sich für die Interessen der Kollegen einsetzen oder die kurz vor Erreichung eines höheren Urlaubsanspruches stehen, ist sicherlich ein „reiner Zufall“. Ebenso ein Zufall ist es wohl auch, daß bei der Kurzarbeit nicht die Mindestgrenze von 32 Stunden erreicht wird, da sonst die Kollegen Kurzarbeitsunterstützung bekommen müßten.

Zweifellos sind die nächsten Entlassungen kurz vor Weihnachten fällig, um das Weihnachtsgeld sparen zu können. Wir wohnten bei einem Kollegen, der als Tischler bei der Bundesbahn arbeitet. Er erhält in der Woche 65,— DM. Auf unsere Frage, warum nur ein Zimmer (von dreien) heizbar ist, erklärte uns seine Frau, daß für fünf Öfen die Kohlen nicht reichen würden. Ein Zentner Preßkohlen kostet 3,80 Mark, ein Zentner Kartoffeln 7,80 Mark. Da sie ihre beiden Kinder und sich einigermaßen kleiden wollen, konnten sie schon monatelang nicht mehr ins Kino gehen, an einen Theaterbesuch ist schon gar nicht mehr zu denken, sie verbessern ihre Lage, indem sie ein Zimmer an Reisende vermieten. Es wird auch gebaut in Nürnberg, aber der Baukostenzuschuß für zwei Zimmer und Küche beträgt 3000 Mark. Welcher Arbeiter ist aber bei den Löhnen in der Lage, 3000 Mark alleine für den Baukostenzu-

schuß aufzubringen, denn die Miete für diese Wohnung beträgt dann auch noch 75,— bis 80,— Mark.

Die „Freiheit“ der westlichen Welt haben wir täglich gespürt. Nach dem Metallarbeiterstreik hat der Bundesvorstand des FDGB den Gemaßregelten 100 Ferienplätze zur Verfügung gestellt. Hunderte würden gern kommen, aber sie fürchten Repressalien durch die Behörden. Wir haben selbst erlebt, wie Westdeutsche am Grenzübergang behindert, oder ihre Personalien peinlichst genau notiert wurden. Wir brauchen uns auch nicht zu wundern, wenn wir oftmals keine Post bekommen. Sehr viele Kollegen erklärten uns übereinstimmend, daß sie an uns geschrieben haben. Trotz aller Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten wächst die Kraft der Arbeiter. Auch von Nürnberg kommen immer mehr Kollegen, um sich von den Verhältnissen bei uns zu überzeugen.

Da wir mit Recht auf unsere Errungenschaften stolz sind, fuhr ich mit einem Nürnberger Kollegen am 21. November zu unserem Heim am Seddinsee.

Unser Nürnberger Kollege war ganz begeistert. Er konnte sich einfach nicht vorstellen, daß es so etwas für Arbeiter überhaupt gibt. Er erklärte mir, verlaßt Euch darauf, wenn ich nach Nürnberg komme, werde ich allen Menschen die Wahrheit über Eure Erfolge berichten.

Walter Bahra (RS)

# Bei Euch sind keine Ausgaben zu groß...

## Westberliner Frauen sahen unseren Betrieb

Am 15. November 1954 führte der Frauenausschuß unseres Betriebes anläßlich des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft ein Freundschaftstreffen mit sowjetischen Freundinnen und den Ehefrauen unserer westberliner Kolleginnen durch.

Die nachstehenden Zeilen sollen all unsern Kolleginnen und Kollegen das Erlebnis dieses Tages zu übermitteln versuchen.

Bereits in den frühen Vormittagsstunden trafen unsere Gäste ein und wurden von einigen Kolleginnen durch einen Teil unseres Betriebes, wie den Trafosektor und die Vorkwerkstätten, geführt.

Anschließend besichtigten unsere Gäste die sozialen Einrichtungen unseres Betriebes.

Große Bewunderung erregte unsere Poliklinik, die durch ihre großzügige und moderne Einrichtung unseren Besuchern zeigte, daß unserem Staat keine Ausgaben zu groß sind, wenn es darum geht, die Gesundheit der Schaffenskraft unserer Werktätigen zu erhalten. Nach dem gemeinsamen Mittagessen in unserem Kulturhaus wurde die Besichtigung fortgesetzt.

Besonderes Interesse brachten die Besucherinnen unserem Kinderheim und der Kindertagesstätte entgegen. Hier in diesen sauberen und gepflegten Räumen unter der Obhut erfahrener Kinderpflegerinnen wird unseren Kolleginnen die Sorge um ihr Kind weitgehend abgenommen. Nach diesem Besuch fand im Kulturhaus eine zwanglose Aussprache statt. Die Diskussion mit unseren westberliner Besucherinnen ergab, daß viele von ihnen, besonders die Hausfrauen, sich bisher wenig um Politik gekümmert haben. Es wurde doch manchen von ihnen klar, daß gerade wir Frauen eine große Verantwortung tragen für die Erhaltung des Friedens und für die Gestaltung eines glücklichen Lebens. Daß in unserem Betrieb Gesehene hat viele zum Nachdenken veranlaßt und dürfte für sie ein Anlaß sein, am 5. Dezember 1954 den Kandidaten des Friedens ihre Stimme zu geben.

Anschließend vereinte eine Feierstunde unsere Gäste und eine Anzahl unserer Kolleginnen und Kollegen in unserem Klubhaus. Die Kollegin Sohns zeigte in ihrem Referat an Hand von Beispielen die freundschaftliche Haltung der Sowjetunion gegenüber dem deutschen Volke.

Eine der anwesenden sowjetischen Freundinnen forderte die Frauen auf, Seite an Seite mit den sowjetischen Frauen alles daran zu setzen, einen neuen Krieg unmöglich zu machen. Wenn wir in Freundschaft zusammengehen, sagte sie, wird es uns gelingen, uns und unseren Kindern eine helle Zukunft in Glück und Wohlstand zu schaffen. Ihre zu Herzen gehenden und vorwärtsweisenden Worte werden für uns alle ein Ansporn sein, noch mehr als bisher alle Kräfte einzusetzen im Kampf um den Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes.

Ein reichhaltiges Kulturprogramm, ausgeführt von unserem Mandolinorchester, unserer Volkstanzgruppe sowie einigen Solisten aus den Reihen unserer Kollegen bereitete allen Teilnehmern zwei Stunden voll Frohsinn und Entspannung. Als zum Abschluß des Abends einige Mitglieder der Tanzkapelle unseres Werkes ihre flotten Rythmen ertönen ließen, zeigten unsere Frauen, daß sie nicht nur zu arbeiten, sondern auch zu feiern verstehen.

Der Frauenausschuß des  
Transformatorwerkes  
„Karl Liebknecht“

## Berlin nicht nur Frontstadt - sondern auch Atombombenziel

Zu gut können sich alle Berliner noch an die „Weihnachtsbäume“ am Himmel und die darauffolgenden Bombenteppiche des letzten Krieges erinnern.

Anstatt aber dafür einzutreten, daß sich solche Ereignisse nicht wiederholen können, befaßt sich der Schreiber-Senat in Westberlin bereits mit den Auswirkungen eines Atombombenabwurfes über Berlin. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß sich die Frontstadt-Politiker — wie sie sich selber gerne bezeichnen — auf den Krieg orientieren und die Einbeziehung Westberlins in das amerikanische Kriegspaktssystem Adenauers betreiben.

In Westberlin soll, mit dem Steuergroschen der Bevölkerung, ein Atomhochhaus im Bezirk Schöneberg für 400 Personen errichtet werden. Die Millionenbeträge, die dafür gebraucht werden, sollen von den Geldern der westberliner Bevölkerung — also von 2,2 Millionen Einwohnern — aufgebaut werden, daß die westberliner Kriegshetzer in diesem Atomhochhaus den Krieg überstehen können. Welcher einmalige

Zynismus spricht doch allein aus dieser Tatsache.

Die Frontstadtstrategen sind bereit, die Bevölkerung Berlins dem Tod auszuliefern, wenn sie mit den Geldern sich selber in Sicherheit gebracht haben.

Die Pläne dieser Verbrecher gehen davon aus, daß in der Nähe des Innsbrucker Platzes eine Atombombe einschlägt. Sämtliche Menschen der Bezirke Schöneberg, Steglitz, Wilmersdorf, Charlottenburg und ein Teil von Mitte würden an den unmittelbaren Folgen der Explosion sterben, weil diese Bezirke im Bereich der sogenannten A-Zone liegen würden.

Grauenhaft ist das Schicksal, daß die Kriegstreiber in Bonn und Westberlin unserer Berliner Bevölkerung zgedacht haben.

Aber diese Pläne werden nicht in Erfüllung gehen, wenn die Berliner Bevölkerung mit dazu beiträgt, daß endlich in ganz Deutschland Schluß mit der Kriegspolitik des Blocks der Militaristen und Faschisten gemacht wird.

Für die westberliner Bevölkerung muß das heißen, daß am 5. Dezember nicht mehr die Frontstadtstrategen gewählt werden, sondern die Menschen, die für den Frieden eintreten.

Das sind vor allem die Kandidaten der SED.

Für die Kollegen unseres Betriebes steht die Aufgabe, mitzuhelfen, die Bevölkerung Westberlins davon zu überzeugen, daß die Politik des Schreiber-Senats zum Kriege führt, daß aber die Wahl einer starken Fraktion der SED für das Abgeordnetenhaus helfen wird, diese Pläne zu verhindern.

Und bei dieser Aufgabe kann jeder Kollege unseres Werkes mithelfen. Kolleginnen und Kollegen, stellt auch Ihr Euch für die Wahlagitation der SED in Westberlin zur Verfügung.

Meldet Euch bei den Funktionären der Partei oder der Massenorganisationen. Helft mit, daß unser Berlin nicht Atombombenziel, sondern Stadt des Friedens wird.

Heinz Dünnbier (Ghs)

## Entschließung der Delegiertenkonferenz am 19. November 1954 anlässlich der Rechenschaftslegung zum BKV 1954, III. Quartal

Bei den Volkswahlen am 17. Oktober 1954 hat sich mit überwältigender Mehrheit die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland entschieden. Dieser überwältigende Sieg ist der Ausdruck des Willens der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik für Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Bereits vor den Volkswahlen haben die Kollegen des Transformatorwerkes „Karl Liebknecht“ in über 3000 Verpflichtungen ihr Bekenntnis und ihre Treue zur Deutschen Demokratischen Republik, der ersten Arbeiter- und Bauernmacht der Geschichte Deutschlands zum Ausdruck gebracht.

In Westberlin werden am 5. Dezember die Senatswahlen für das neue Abgeordnetenhaus durchgeführt. Unter Führung der SED, der konsequenten Vertreterin der berechtigten Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes haben wir bei uns im demokratischen Sektor von Berlin und in der Deutschen Demokratischen Republik bedeutende Erfolge erringen können. Es kommt jetzt darauf an, der SED, der Partei der Arbeiterklasse, jede Unterstützung in ihrem Wahlkampf in Westberlin zu geben, um die 5-Prozent-Klausel zu sprengen und die Vertreter in das Abgeordnetenhaus zu bringen, die die Gewähr für eine bessere Lebenshaltung und für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Westberlin geben.

Mit großer Freude begrüßen wir die Note der Sowjetunion vom 22. Oktober zur Einberufung einer Konferenz zur Erhaltung des Friedens, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen noch in diesem Jahr. Den neuen Vorschlag der Sowjetunion vom 13. November 1954 zur Einberufung einer Konferenz aller europäischen Staaten, zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in ganz Europa, haben alle friedliebenden Menschen der Welt, vor allem aber die deutschen Patrioten, freudig begrüßt. In unserem Betrieb gingen bisher 529 schriftliche Zustimmungserklärungen ein.

Große Erfolge haben wir in den letzten Jahren erreicht. Auch in unserem Betrieb sind durch unsere Kollegen und mit Hilfe des BKV viele Errungenschaften zu verzeichnen. Alle unsere Anstrengungen sind umsonst, wenn es uns nicht gelingt, den Frieden zu erhalten und zu verteidigen. Davon ausgehend, übernehmen die Kollegen und die Werkleitung des Transformatorwerkes „Karl Liebknecht“ folgende Aufgaben und

Verpflichtungen im Kampf um die Einheit Deutschlands und zur Planerfüllung.

1. Im Kampf um die Verwirklichung der Vorschläge der Sowjetunion vom 22. Oktober und 13. November 1954 müssen wir, die deutsche Arbeiterklasse, vorangehen. Dazu ist notwendig, die Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen Faschisten, Militaristen und die Spalter Deutschlands herzustellen. Das gesamtdeutsche Gespräch muß besonders von der größten Massenorganisation, der Gewerkschaft, geführt werden.

Die BGL wird daher verpflichtet:

- a) Den Delegationsaustausch mit dem bekannten Siemens-Betrieb in Nürnberg zu verstärken.
- b) Ab 22. November 1954 täglich für die Aufklärungsarbeit unter den westberliner Werktätigen Kollegen bereitzustellen. Die BGL wird verpflichtet, einen Kollegen mit der Durchführung dieser Aufgabe zu betreuen.
- c) Die in den letzten Wochen erweiterten Beziehungen zum Patentbetrieb Zeiß Ikon in Berlin-Schöneberg sind zu festigen. Das nächste Ziel unserer Arbeit mit den Kollegen von Zeiß Ikon muß darin bestehen, in den DGB-Versammlungen über die gemeinsamen Aufgaben der Berliner Arbeiter zu sprechen.

Diese Verpflichtungen werden wir Delegierten mit unserer ganzen Kraft unterstützen.

2. Eine Forderung des IV. Parteitages lautet:

Noch in diesem Jahr für eine Milliarde Massenbedarfsgüter zusätzlich zu fertigen. Aus dem Bericht der Werkleitung geht hervor, daß wir unsere vorgesehene Plansumme nicht erreichen werden. Das bedeutet aber, daß die weitere Verbesserung unserer Lebenshaltung dadurch langsamer vorangehen würde. Wir fordern von der Werkleitung mit Unterstützung der BGL Maßnahmen, die eine Veränderung des bisherigen Zustandes geben. Es muß erreicht werden, daß die Rückstände in der Massenbedarfsgüterfertigung mit mindestens den vom Werkleiter angegebenen 60 Prozent aufgeholt werden. Desgleichen fordern wir von der Werkleitung, daß sie die Wirtschaftsfunktionäre, die verantwortungslos in der Frage der Massenbedarfsgüterfertigung gehandelt haben, bis zum 1. Dezember 1954 zur Rechenschaft zieht.

3. Die Energie- und Exportprogramme sind wichtige Be-

standteile unseres Produktionsplanes. Sie unterstützen die Verpflichtung der Regierung gegenüber unserer Bevölkerung:

„Keine Stromabschaltungen für unsere Haushalte“

und die Erfüllung der Verpflichtung gegenüber den Volksdemokratien. Wir erwarten von der Werkleitung, daß sie sofort nach der Delegiertenkonferenz mit allen Wirtschaftsfunktionären die Maßnahmen berät, die zu einer größtmöglichen Produktionsplanerfüllung führen.

Bürokratische Hemmnisse und alle objektiven Schwierigkeiten sind dabei unbürokratisch zu beseitigen.

4. Die Produktionsberatungen haben seit der letzten Delegiertenkonferenz einen entschieden besseren Inhalt bekommen. Sie werden nach dem neuen System bisher aber nur in den Produktionswerkstätten so durchgeführt. Wir fordern von der Werkleitung und BGL eine Ausdehnung dieser konkreten Produktionsberatungen auch auf sämtliche anderen Bereiche. Wir verpflichten die Werkleitung und BGL, bis zum 15. Dezember ein Musterbeispiel in einem Verwaltungsbereich zu schaffen. Die Gewerkschafts- und Wirtschaftsfunktionäre werden verpflichtet, eine sorgfältige Kontrolle der Durchführung der gefaßten Beschlüsse vorzunehmen.

Die Kollegen Taube, Sauermann und Krüger müssen endlich ihrer Verpflichtung nachkommen und die Protokolle der Produktionsberatungen auswerten.

5. Der sozialistische Wettbewerb hat sich im letzten Quartal gut entwickelt, wir fordern, daß bereits jetzt eine Auswertung, auf Grund der bisherigen Erfahrungen vorgenommen wird, um mit konkreten Bedingungen den sozialistischen Wettbewerb am 1. Januar 1955, dem letzten Jahr des Fünfjahresplanes, beginnen zu können. Durch den sozialistischen Wettbewerb wird es uns möglich sein, bereits zu Beginn des Jahres 1955 alle Schwierigkeiten zu erkennen, und so rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Planerfüllung einzureichen.
6. Die Rationalisatoren- und Erfinderbewegung ist ein wichtiger Faktor zur Sicherung der Rentabilität unseres Betriebes. Die BGL hat es bisher nicht verstanden, die gesamte Belegschaft für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu gewinnen. Wir fordern von der BGL Maßnahmen, zur Verbesserung der ideologischen Arbeit auf dem Gebiete der Ra-

tionalisatoren- und Erfinderbewegung. Die Werkleitung wird verpflichtet Themenpläne, Richtlinien für die Arbeit des techn. Beirates und techn. Kabinetts bis zum 20. 12. 1954 herauszugeben. Bei der Anleitung und Mitarbeit aller Kollegen werden wir durch eine größere Abführung in den D-Fonds im nächsten Jahr in der Lage sein, uns weitere Verbesserungen auf sozialem und kulturellem Gebiet zu schaffen.

7. Die Betriebskollektivverträge sind ein wesentliches Mittel bei der Planerfüllung und der Verbesserung der Lebenslage. Die Kontrolle der Verpflichtungen erfolgte

bisher noch sporadisch. Wir erwarten von der BGL und Werkleitung, daß sie gemeinsam bis zum 15. 12. 1954 einen Massenkontrollplan ausarbeiten, der eine ständige Kontrolle der Verpflichtungen bereits in den Gewerkschaftsgruppen ermöglicht. Weiter fordern wir, daß BGL und Werkleitung alle Anstrengungen für die Erfüllung der letzten noch offenen Verpflichtungen unternehmen. Bereits im Dezember ist mit der Ausarbeitung des neuen Kollektivvertrages des Jahres 1955 zu beginnen, so daß spätestens Ende Januar der Abschluß des Vertrages erfolgen kann.

8. Dieser Beschluß der Delegiertenkonferenz ist in der Betriebszeitung zu veröffentlichen und in allen Abteilungen auszuhängen. In Zusammenarbeit mit den Meistern und Abteilungsarbeitern erläutern die Delegierten diesen Beschluß allen Kollegen des Betriebes in Gewerkschaftsgruppen und Abteilungsversammlungen. Die Delegierten unterstützen den Beschluß bei der Verwirklichung und den restlichen nichterfüllten Verpflichtungen des Betriebskollektivvertrages.

Berlin, den 19. 11. 1954

Die Delegierten der Rechenschaftslegung zum BKV 1954, III. Quartal.

## Vorbildliche Verpflichtungen

### anlässlich der Rechenschaftslegung des Betriebskollektivvertrages 1954

Aus der Erkenntnis heraus, daß wir selbst nur unser Leben ständig verbessern können und durch neue Produktionserfolge zur Stärkung unseres Arbeiter- und Bauernstaates beitragen, gaben die Abteilungen Stw und Mw 4 vor der Delegiertenkonferenz folgende Verpflichtungen ab:

Die Abteilung Stw verpflichtet sich, den Exportauftrag FB-Nr. 730 622, Kaskadenprüftransformator, statt bis zum 24. Dezember 1954 bis zum 21. Dezember 1954 fertigzustellen. Kollege Friedrich verpflichtet sich, durch eine gute Arbeitsorganisation jegliche Überstunden zu vermeiden.

Die Verpflichtung der Abteilung Stw ist eine große patriotische Tat, denn die Terminverlegung auf den 21. Dezember 1954 bedeutete gerade für diese Abteilung eine ungeheure Belastung. Trotzdem wollen die Kollegen aus Freundschaft zum tschechoslowakischen Volk diese große Leistung vollbringen.

Die Abteilung Mw 4 gab folgende Verpflichtung ab:

Die Kollegen aus der Abt. Mw 4 haben mich gebeten, euch herzlichst zu grüßen.

Wir haben beim Schichtwechsel kurz besprochen, was wir tun können, um die heutige Konferenz erfolgreich zu gestalten. Das ganze Jahr über waren wir im sozialistischen Wettbewerb erfolgreich. Unseren Ausschuß konnten wir um 27,6 Prozent senken. Unsere Leistungen sind, den Ausschuß nicht einbezogen, um 9,8 Prozent gestiegen. Aber alle Anstrengungen haben nicht ausgereicht, um den Plan bis jetzt zu erfüllen. Deshalb haben wir beschlossen, allen Arbeitern des Betriebes folgendes zu sagen:

Wollen wir besser, billiger und sparsamer leben, dann ist es an der Zeit, daß wir schneller und sauberer arbeiten.

Deshalb verpflichten wir uns heute, alle Rückstände sofort aufzuholen und alle Export- und Energietermine unbedingt einzuhalten. Wir fordern alle Arbeiter des Betriebes auf, die gleiche Verpflichtung morgen und in den nächsten Tagen zu übernehmen. Keinen Schalter und keinen Transformator dürfen wir in diesem Jahr unserem Staat und unseren Freunden im Ausland schuldig bleiben.

Aber nicht nur für die Arbeiter der Produktion gilt unsere Aufforderung. Uns nützt der beste Wille und die beste Verpflichtung nichts, wenn die Arbeit nur zögernd eingeht.

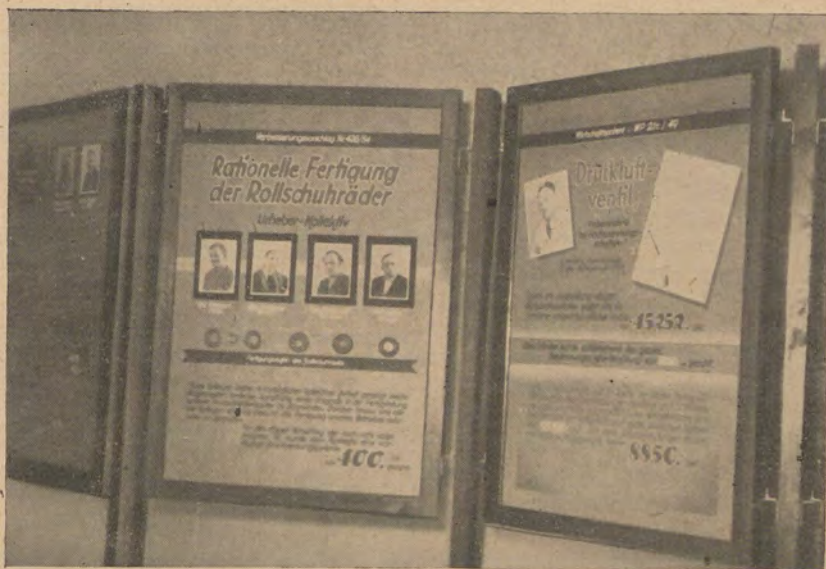
Wir stehen das ganze Jahr angestrengt im Wettbewerb.

Kollegen der Materialversorgung, Arbeitsvorbereitung und Technologie, wann beginnt Ihr mit einem solchen Wettbewerb, von dem wir etwas merken? Eure Verpflichtungen sind gut, aber es muß dabei auch etwas herauskommen. Wenn jeder Kollege seine ganze Kraft einsetzt, werden wir den Plan schaffen.

Wir Frauen und Kollegen vom Mw 4 fordern alle zum Wettbewerb um den Titel „Beste Abteilung des Betriebes“ auf. Den Inhalt unserer Verpflichtung kennt Ihr.

Wir erwarten Eure Antwort.

Gerda Behle, Abt. Mw 4



Die Ausstellung des BfE über die Rationalisatoren- und Erfinderbewegung veranschaulichte allen Kollegen die großen Möglichkeiten der Mitarbeit in dieser Bewegung.  
(Unser Bild zeigt Ausschnitte aus der Ausstellung im Speiseraum)

## Sind Einschränkungen im Stromverbrauch noch erforderlich?

Wer aufmerksam die Tagespresse liest, kann gerade in den letzten Monaten feststellen, daß der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit elektrischer Energie tatkräftig zu Leibe gegangen wird.

Immer wieder wird gemeldet, daß neue Kraftwerke im Bau sind, ihrer Vollendung entgegen gehen oder zum Teil in Betrieb genommen wurden.

Durch diese Nachrichten kann man zu dem Schluß kommen, daß die Zeit der Einschränkungen nun endgültig vorüber sei. Warum läuft nun dieser „häßliche Energiebeauftragte unseres Werkes“ durch die Räume, läßt Maschinen abschalten und knipst das Oberlicht aus? Steht das nicht im Widerspruch zu den Pressemeldungen?

Nein, Kollegen, der Widerspruch ist nur scheinbar. Tatsache ist, daß die Energieerzeugung im Augenblick noch nicht mit dem Energiebedarf Schritt halten kann. Unsere Wirtschaft hat sich stark entwickelt und besonders die metallurgische Industrie, der Bergbau, die Hydrierwerke treten als gewaltige Abnehmer neben all den vielen kleineren Abnehmern und den Haushalten auf, deren Bedarf noch nicht voll gedeckt werden kann. Wir brauchen uns die-

ser Tatsache nicht schämen und brauchen keine Schönfärberei zu treiben, sondern können auf das bisher Geleistete stolz sein.

1945 mußten wir ein trauriges Erbe antreten. Ganz auf uns selbst gestellt haben wir, durchdrungen von festem Aufbauwillen, unsere Wirtschaft und damit unsere volkseigene Industrie aufgebaut. Daß unsere noch vorhandenen Kraftwerke nicht ausreichen konnten und daß neu gebaut werden mußte, war bekannt. Aber erst einmal waren die Grundstoffe zum Bau der Kraftwerke zu schaffen. Daß sich Kraftwerke nicht aus dem Boden stampfen lassen, dürfte jedem klar sein. Die alten Werke laufen an ihrer Leistungsgrenze und ein Ausfall irgendeines Aggregates macht sich immer schmerzlich bemerkbar. Auf Grund des neuen Kurses unserer Regierung sind die Abschaltungen der Haushalte auf ein Mindestmaß reduziert worden, und es ist weiterhin unser oberstes Gesetz in der Energieversorgung, die Haushalte abschaltfrei zu halten. Das ist nur möglich, wenn der Energieverbrauch in der Industrie so gesteuert wird, daß sich die Verbrauchsspitzen nicht überlagern und vor allem nicht in die Zeiten der höchsten Belastung der Kraftwerke (Früh- und Abendspitze) fallen. Aus

diesem Grunde haben die Industriewerke Kontingente der Leistung erhalten, die nicht überschritten werden dürfen. Die Spitzenzeiten liegen im Augenblick von 6.00 bis 9.00 Uhr und von 16.00 bis 20.00 Uhr. Daraus ergaben sich für die Industriewerke Arbeitszeitverlagerungen und Einschränkungen. In der Erkenntnis dieser Notwendigkeit haben sich alle diesen Forderungen unterworfen, und der Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Wenn heute noch von Zeit zu Zeit abgeschaltet werden muß, so hat das seine Ursache in auftretenden Netz- und Maschinenstörungen, die nicht nur bei uns vorkommen können, sondern vor einiger Zeit auch in Westberlin aufgetreten sind.

Darum, liebe Kollegen, müssen wir uns in den Betrieben noch einschränken. Helft alle an euren Arbeitsplätzen mit, Strom zu sparen. Jedes Kilowatt, das wir sparen, können wir der DDR zur Verfügung stellen, wo der Energiemangel größer ist als in Berlin.

Jedes Kilowatt, das wir sparen, hilft uns im Kampf um den Aufbau unserer Wirtschaft, und diese Wirtschaft dient dem Frieden.

Zimmermann, Energiebeauftragter.

## Jungarbeiter und Jungingenieure berieten

Am 15. November 1954 führte die Werkleitung in Verbindung mit der FDJ-Betriebsgruppe eine Konferenz mit jungen Arbeitern und Ingenieuren durch. In einem Referat sprach unser Werkleiter über die großen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Jugend unseres Betriebes. Der Kollege Graskowski betonte besonders, daß wir alle Kraft daran setzen müssen, unsere Exportaufträge bei guter Qualität termingemäß zu liefern. Im Referat wurde weiter gesagt, daß die Jugend unseres Betriebes großen Anteil an der Erfüllung unserer wirtschaftlichen Aufgaben hat. Trotzdem gibt es immer noch einige Kollegen, die nicht mit genügendem Ernst ihre Arbeit ausführen, deshalb ist es notwendig, daß sich jeder junge Kollege für eine gute Arbeitsmoral in seiner Abteilung einsetzt. Zum Abschluß sagte der Werkleiter, daß die größten Anstrengungen in der Produktion sinnlos sind, wenn wir uns nicht gleichzeitig dafür einsetzen, daß das, was wir geschaffen haben, uns auch

erhalten bleibt. Es ist deshalb eine ehrenvolle Aufgabe für einen jungen Facharbeiter, in den Reihen unserer Volkspolizei sich für den Schutz unseres Staates einzusetzen.

In der anschließenden Diskussion sprachen viele junge Kollegen zu den Fragen der Produktion in ihren Abteilungen. In allen Diskussionsreden kam zum Ausdruck, daß die Jugend unseres Werkes mit offenen Augen an ihrem Arbeitsplatz steht und daran interessiert ist, daß alle Schwierigkeiten bei der Erfüllung unserer Pläne beseitigt werden. Besonders wertvolle Anregungen gab der Kollege Pflüger aus der Abteilung Mw 2.

In der Diskussion wurde auch mehrmals gesagt, daß die Meister in den Abteilungen oft nicht die richtige Einstellung zu den Jugendlichen haben und dadurch den Jugendlichen nicht in der nötigen Weise helfen. Um zu erreichen, daß die Jungfacharbeiter die Norm erfüllen, wurde vom „Club junger Techniker“ gefordert, daß er sich mehr mit der fachlichen Qualifizierung der jungen Kollegen beschäftigt.

Zum Abschluß der Konferenz beschlossen die Teilnehmer einen Aufruf an die jungen Kollegen des Werkes. Dieser Aufruf wird in den nächsten Tagen an die Kollegen verteilt.

Wengler, FDJ-Leitung

---

Angesichts der wachsenden Profite der Großkapitalisten und der Teuerung fordern wir Erhöhung aller Löhne und Gehälter um 15 Prozent!

Für die Zahlung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Jugendliche! Kampf gegen jede Preissteigerung!

(Aus dem Wahlaufdruck der SED zu den Wahlen in Westberlin)

---

## Aus der westlichen „freien Welt“

Die westberliner Presse berichtet: Otto Strasser in Westdeutschland.

Das Bundesgericht hat den Antrag Otto Strassers stattgegeben, sich wieder in Westdeutschland niederzulassen.

### Begründung:

Die Bundesrepublik ist ein Rechtsstaat, der keine Rechtsbeugung zuläßt. Das sei die Wirklichkeit eines demokratischen Staates.

Der ehemalige Kronprinz Hitlers, der Arbeitermörder und Führer der Schwarzen Front erklärt in einem Interview, die große Aufgabe seines Lebens sei die Politik, und er werde auch weiterhin politisch tätig sein.

Das ist die Wirklichkeit eines „demokratischen Staates“. Verbot der KPD, Legalisierung der NSDAP, Rehabilitation der Faschisten und Kriegsverbrecher.

## Betriebsnachrichten

Täglich gehen immer mehr Kollegen aus unserem Betrieb zum Wahleinsatz nach Westberlin. Sie berichten: der größte Teil der westberliner Menschen ist aufgeschlossen und will sich mit uns unterhalten. Vorbildliche Wahlarbeit leisteten bisher das Ehepaar Hemming, Abt. TTV und TSF. Der Kollege Bombach aus der Abt. TAB, Kollege Marzinkowski aus der Abt. Ar, Koll. Neuß, Glöge und Neumann aus der Abt. TB.

Aus der Grundorganisation 9 wird uns gemeldet, daß die Gen. Anker und Pfänder vorbildlich in Westberlin gearbeitet haben.

Die Gen. Stegler, Pachmann, Dörband und Günter Noack haben es bisher mit Erfolg verstanden, sich vor der Wahlarbeit zu drücken. Wir wollen nicht annehmen, daß sie zu feige sind, nach Westberlin zu gehen. Wir erwarten, daß uns der Gen. Kirchner, Sekretär der Grundorganisation 9, bald das Gegenteil von den Letztgenannten melden kann.

Aus der Grundorganisation 4 drückt sich der Gen. Arno Hengst mit Erfolg.

Für ihn trifft ebenfalls das Gesagte zu.

Fünf westberliner Rentner erklärten nach ihrem Besuch in unserem Betrieb, daß sie am 5. Dezember 1954 die Liste 5, die SED, wählen werden.

Die Delegierten zur Rechenschaftslegung des Betriebskollektivvertrages 1954, die AGL 3 sowie die Grundorganisationen 2 und 3 der SED, sandten eine Protestresolution gegen den Verbotsprözeß gegen die KPD an den Karlsruher Gerichtshof.

### Gangster auf westdeutschen Autobahnen

In den letzten Tagen wächst die Zahl der bewaffneten Bandenüberfälle auf Kraftfahrzeuge auf den Autobahnen in Westdeutschland.

Am Freitag (19. 11. 1954) wurden innerhalb von 24 Stunden neun schwere Überfälle nach amerikanischem Muster verübt.

Das sind die Auswirkungen der amerikanischen Besatzung Westdeutschlands.

\*

### Noch ist es Zeit, den Militaristen und Faschisten das Handwerk zu legen. Erhebt eure Stimme zum Protest!

Schafft die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Wählt in Westberlin SED — Liste 5!

Eine Delegation von drei Gewerkschaftern unseres Betriebes wollte den Betriebsrat von Zeiß-Ikon in Westberlin aufsuchen, um über den gemeinsamen Kampf um den Frieden zu beraten. Die Delegation wurde nicht vorgelassen.

\*

Am 18. November 1954, den Tag des Neuerers, führte das Zerspanungsaktiv vor Fachleuten aus zehn Berliner VE-Betrieben neuzeitliche Zerspanung vor. Die Vertreter der zehn Betriebe waren von den Vorführungen begeistert und sprachen den Kollegen des Aktivs ihren Dank und ihre Anerkennung aus.

\*

Am 19. November 1954 gab die Werkleitung und die BGL Rechenschaft über die Erfüllung des Betriebskollektivvertrages 1954. Der Werkleiter und der BGL-Vorsitzende konnten von stolzen Erfolgen in unserem Betrieb berichten. Allerdings vermißten wir bei der Rechenschaftslegung eine kämpferische Diskussion.

\*

Im Oktober 1954 war die Planerfüllung in unserem Betrieb gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr um 8 Prozent höher.

Kolleginnen und Kollegen!

Die Empörung über den von Adenauer inszenierten Verbotsprözeß gegen die Kommunistische Partei Deutschlands hat alle ehrlichen deutschen Menschen ergriffen. Bei der BGL und der SED-Betriebsparteiorganisation gehen laufend Proteste erklärungen ein. So haben bis jetzt 570 Kollegen aus der Abt. Ghs, Behälterbau und Lehrwerkstatt Protesttelegramme nach Karlsruhe gesandt. Erhebt ebenfalls einmütig Protest gegen den Schandprözeß. Es lebe die KPD!

## Janz wat Neuet

Ick mach zu mancher Stunde hier in dem Werk die Runde. Aufträge bringe ick jeschwind dahin, wo keene sind.

Wie ick so über'n Hof will jeh'n, da bleibe ick verwundert steh'n. Eeen groöet Auto kann man seh'n, wo druff sich ooch en Kran tut dreh'n.

Groöe Brocken aus Beton, die hebt er hoch und fährt davon. Mit eenmal staune ick noch mehr, der eene Brocken war zu schwer.

Er fährt ihn weg, denk icke ooch, da jeht det Auto hinten hoch. Der Fahrer in der Luft jetzt hängt, man denkt, det er sich drüber krankt.

Und zwanzig Mann, die kicken, zum Fahrer hin, dem Dicken. Der steckt sich erst die Pfeife an und spuckt sich in die Hände dann.

Und als den Kran er steiler stellt, det Hinterteil gleich runterfällt. Man sieht hier wieder, det Probieren is immer besser wie Studieren.

Und allet jeht da so famos, er drückt ja uff een Knopp man bloß. Doch eens, det fällt mir dabei uff, der Mann hat keene Mütze uff. Und trotzdem fährt er noch janz jut als Fahrer ohne Hut.

Un wenn er will mal weiter rücken, brauch er ja bloß den Knopp zu drücken, und als er ruffdrückt mit der Tatze, da sieht man ooch noch seine Glatze.

Atze

Die feierliche Eröffnung des 5. Parteilehrjahres der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands findet am Freitag, dem 10. Dezember 1955, um 17 Uhr, im Speisesaal Behälterbau statt.

Es spricht der 1. Sekretär der Betriebsparteiorganisation Gen. Hans Klein. Anschließend Film: „Der große Patriot“.

Alle Teilnehmer am Lehrjahr und alle interessierten Kollegen sind herzlich eingeladen.

Wissen ist Macht!



### Angeblitzt

Liebe Kollegen!  
Unter dieser Rubrik werden wir in Zukunft alle Mißstände, die uns bekannt werden, anprangern. Dazu ist jedoch erforderlich, daß ein jeder Kollege unser Bemühen unterstützt und uns kurze Mitteilungen über Bürokratismus oder Verschwendung macht. Wir alle wollen durch einen gemeinsamen harten Kampf die Maßnahmen unserer Regierung und unserer Werkleitung zur Rentabilität unseres Betriebes unterstützen.

\*

### $6 \times \frac{1}{2} = 11,60 \text{ DM}$

Diese Rechnung gab der Kollege Hemming, seines Zeichens Produktionsleiter, sechs verantwortlichen Kollegen auf, die er am 16. November 1954 eine halbe Stunde nutzlos auf eine Produktionsbesprechung warten ließ.

Wir schlagen dem Kollegen Hemming vor, die Erklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer zu studieren. Im besonderen den Abschnitt über Arbeitsdisziplin und Sparsamkeit.

\*

### Neueste Heilmethoden für Kranke Die Betriebs-VAB teilt mit:

Die wirkungsvollste Heilmethode für Kranke, ganz gleich welcher Diagnose, ist langes Warten. Darum organisiert

die VAB die Krankengeldauszahlung so, daß immer eine recht lange Schlange steht, und die Abfertigung für jeden Kranken mindestens eine Stunde dauert.

So nicht, Kollegen in der VAB! Verändert schnellstens Euren Arbeitsstil.

\*

### Schildbürger in der Galvanik

Ein Kollege in der Galvanik ist der Meinung, 1954 werden nur linke Rollschuhe, 1955 nur rechte Rollschuhe gefertigt. Darum taucht er in diesem Jahr mit Vorliebe linke Rollschuhsohlen. Die Kollegen der Rollschuhabteilung wollen den Kollegen der Galvanik das nächste Mal selbst tauchen, damit er nicht die Orientierung verliert.

\*

### Sicherheit für Leib und Leben?

Die Kollegen im Meisterbüro Wi II fühlen sich scheinbar in ihrer Sicherheit bedroht, darum montieren sie die Klinke von der Tür ab. Wir empfehlen ihnen, eine 2-mm-Stahlpanzerung um ihr Büro zu ziehen und abends nur in Begleitung von zwei bewaffneten Betriebsschutzkollegen das Büro zu verlassen. Durch diese Maßnahme werden sie nicht mehr belästigt und können reibungslos arbeiten.

Die Kollegen in der Produktion sollen sehen, wo sie Auskunft bekommen.

### Weihnachtswunsch

Schon im Sommer wurde uns von unserem Arbeitsdirektor Wolter versprochen, in unserem Kultursaal eine Uhr anzubringen. Aber bis heute haben wir noch keine.

Glaubt uns, daß es sehr wichtig wäre, denn wir Arbeiter können nicht alle bei der Arbeit eine Uhr tragen und kommen deshalb oft mittags ein paar Minuten zu spät an unseren Arbeitsplatz.

Rechnet euch mal aus, wieviel Stunden uns dadurch im Jahr in der Produktion fehlen.

Weihnachten steht vor der Tür und da werden viele Wünsche erfüllt. Hoffentlich auch unserer.

Käte Lehmann (Galvanik)

\*

### Kollege Schöne erwartet eine klare Antwort

Die bisher abgegebenen Erklärungen der Kollegen Wolter und Pfeil sind ungenügend und behandeln nicht den Kern der Frage, die der Kollege Schöne in seinem Artikel „Kampf um die Senkung der Selbstkosten“ aufgeworfen hat.

Die Kollegen wollen wissen, wer war für die Schlamperie verantwortlich und was wird getan, um in Zukunft solche Dinge zu vermeiden?

\*

### Die Redaktion erwartet von den Angeblitzten umgehend eine klare Stellungnahme.

\*

Die SED-Betriebsorganisation dankt den 982 Kollegen und Genossen Wahlhelfern für ihren unermüdlichen Wahleinsatz in Westberlin.

Kollegen und Genossen! In den letzten Tagen bis zum 5. Dezember 1954, alle Kraft für den Sieg der Liste 5 SED!

Berlin soll nicht Frontstadt sein!

Berlin soll die Hauptstadt eines einigen, freien, demokratischen Deutschland sein!

Genossen und Kollegen, bringt oder sendet unsere Zeitung an Eure westberliner Verwandte und Bekannte!

Herausgeber: SED-Betriebsparteiorganisation  
Transformatorwerk „Karl Liebknecht“. Verantwortlicher Redakteur: Willi Selke  
Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 831 D des  
Presseamtes beim Ministerpräsidenten der  
Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.  
Druck: (285) KONSUM-Druck Spindlersfeld